

11. Beiblatt Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz 13. Juli 1955

348/J

Anfrage

der Abg. Dr. Kraus, Kandutsch und Genossen
an die Bundesregierung,
betreffend die Errichtung einer Koordinationsstelle für öffentliche
Aufträge an die Bauwirtschaft.

-.-.-.-.-.-.-

Die am 5. Juli veröffentlichte 20-%ige Kürzung der Kredite für öffentliche Bauaufträge hat in den Kreisen der betroffenen Bauwirtschaft eine lebhafte Kritik ausgelöst. Die Notwendigkeit einer Einschränkung des Bauvolumens wird nicht bestritten, doch wird kritisiert, daß diese linear vor sich gehen soll und nicht auf die erforderliche gleichmäßige Ausnützung der Baukapazität Rücksicht nimmt. Vor allem wird eingewendet, daß die Engpässe bei der Beschaffung von Arbeitskräften und Material nicht bei den künftigen, sondern bei den bereits vergebenen Aufträgen entstehen. Es wird darauf hingewiesen, daß es viel zweckmäßiger wäre, bei den derzeitigen Bauausführungen die Termine zu erstrecken, statt die zu erwartenden Aufträge zu drosseln. Denn die gerade jetzt zur Vergebung gelangenden Aufträge könnten vielfach bis zum Winterbeginn im Rohbau fertiggestellt werden, sodaß die für die Beseitigung der Winterarbeitslosigkeit so wichtigen Innenarbeiten in den kalten Wintermonaten durchgeführt werden könnten.

Die unterzeichneten Abgeordneten sind bei allen ihren Untersuchungen der österreichischen Bauwirtschaft zur Überzeugung gelangt, daß die notwendige Drosselung einer Überkonjunktur im Bauwesen durch derartige lineare Maßnahmen, wie sie die Regierung plant, nicht auf die glücklichste Weise erreicht werden kann, sondern daß die beste Anpassung an die vorhandenen Kapazitäten nur durch eine entsprechende Koordinierung der vergebenden Stellen einerseits und der Bauwirtschaft andererseits zu erreichen ist.

Die bisherige Praxis zeigt, daß die öffentlichen Aufträge von seiten der Gemeinden, der Bahn, der Post, der Straßenbauverwaltung, des Kraftwerkbaues usw. völlig unabhängig voneinander vergeben werden, sodaß in einigen Sparten sowohl zeitliche wie örtliche Überbeanspruchungen entstehen, während in anderen Sparten (wie z. B. derzeit bei den Straßendeckenfirmen) wieder zuwenig Aufträge vorliegen und ungenutzte Kapazitäten freistehen.

12. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

13. Juli 1955

Alle diese Unzukämmlichkeiten könnten nach Meinung der unterzeichneten Abgeordneten beseitigt werden, wenn eine Koordinierungsstelle errichtet würde, in welcher auf der einen Seite die Bauaufträge vergebenden öffentlichen Stellen und auf der anderen Seite die zuständige Gewerkschaft und die Vertreter der Baubirschaft (Baugewerbe, industrielle Bauunternehmungen und Baustoffindustrie) die erforderliche zeitliche Verteilung und den Gesamtumfang der öffentlichen Bauaufträge gemeinsam planen würden.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an die Bundesregierung die

Anfrage:

Ist die Bundesregierung bereit, die Verteilung der öffentlichen Aufträge und die Anpassung des Bauumfanges an die vorhandenen Gegebenheiten entsprechend den obigen Ausführungen zu koordinieren?
